

„GEISTIG FREI UND NIEMANDES KNECHT“

REZENSION

Paul Levi. Linksozialist – Rechtsanwalt – Reichstagsmitglied. Eine Kurzbiografie von Thilo Scholle über das Leben und Wirken Paul Levis, erschienen im Hentrich & Hentrich Verlag (Berlin-Leipzig) im Sommer 2017.

Levi war ein demokratischer Sozialist, enger Vertrauter Rosa Luxemburgs, einst Vorsitzender der KPD, schließlich Oppositioneller in der Weimarer SPD, ein Praktiker des Sozialismus, ein scharfsinniger Rhetoriker und kritischer Jurist. Scholle bietet mit seinem neuen Werk einen guten Einstieg in das Leben und Wirken dieser bedeutenden Persönlichkeit der Weimarer Linken. Dabei ist die Wirkzeit Levis, der aus bürgerlich-jüdischen Verhältnissen stammt, recht überschaubar. Sie umfasst nur zwei Jahrzehnte, vom Rechtsanwalt in Frankfurt am Main 1909 bis zu seinem Tod 1930 als Reichstagsabgeordneter der SPD. Innerhalb dieser Zeit vollbrachte Levi aber ein außergewöhnliches und vielfältiges Engagement, das sich mit herkömmlichen politischen Lebensläufen nicht vergleichen lässt. Er symbolisiert in seiner Person und seinem Denken die organisatorische und politische Zerrissenheit der Arbeiter_innenbewegung. Einige wichtige Stationen seines Lebens sollen in dieser Rezension nachgezeichnet werden.

Der Politiker Levi

Scholle beginnt mit einem kurzen Überblick zur Herkunft und frühem Leben Levis und leitet sodann zu den wichtigen politischen Auseinandersetzungen über. Die überstürzenden Ereignisse um den Kriegseintritt 1914 überraschten Levi als kritischen Rechtsanwalt, der bereits durch Mandate für Rosa Luxemburg in Kontakt mit den sozialdemokratischen Kriegsgegnern in der Reichstagsfraktion stand. Vom Kriegseinsatz wurde er nicht verschont: Im April 1915 wurde Levi als Infanterist eingezogen. Bis zu seiner Dienstuntauglichkeit im Mai 1916 (die Gründe sind unklar) blieb er in der Reichswehr. Levi arbeitete in Zusammenhängen um die kriegsgegnerische sozialdemokratische Opposition mit. Im Lazarett las Levi aufmerksam die berüchtigte „Junius-Broschüre“ von Rosa Luxemburg, in der sie mit dem Kriegskurs der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit scharf abrechnete. Aktiv in der losen Spartakusgruppe rückte Levi schließlich im November 1918 in die Zentrale des Spartakusbundes auf und war Redaktionsmitglied der neu gegründeten „Roten Fahne“. Die gewalttätigen Ereignisse im Frühjahr 1919 ließen bleibende Spuren bei Levi zurück: Die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs am 15. Januar 1919 sowie die Ermordung Leo Jogiches,

dem Vorsitzenden der KPD, im März 1919, sollten ihn bis zu seinem Tode beschäftigen und psychisch stark belasten. Als Gründungsmitglied der KPD und Nachfolger Jogiches leitete Levi bis 1920 die Geschicke der jungen Partei. Nach kurzer Zeit trat er aber von seinem Amt als Vorsitzenden der KPD Anfang 1921 zurück. Denn in der Zwischenzeit vertrat Levi vermehrt konträre Positionen zur Kommunistischen Internationale und kritisierte offen die blutige März-Aktion 1921 der KPD, die nicht zum erhofften Arbeiteraufstand in mitteldeutschen Industriestädten führte. Als Replik zur März-Aktion kritisierte er in seiner Broschüre, „Unser Weg. Wider den Putschismus“, die Taktik der KPD und forderte, dass die Kommunisten nur mit der arbeitenden Bevölkerung gemeinsam agieren dürfe und nicht nach reinem Parteiinteresse. Im April 1921 wurde Paul Levi von der KPD wegen groben Vertrauensbruchs ausgeschlossen. Nach einem kurzen Intermezzo in der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, in der sich ausgeschlossene KPD-Abgeordnete organisierten, schloss sich Levi 1922 der USPD an. Mit der Vereinigung der USPD und MSPD im September 1922 kehrte Levi wieder zur SPD zurück. Innerhalb der SPD begegneten einige Abgeordnete Levi mit Argwohn und hielten ihm nachtragend die Spaltung der Partei entgegen. Ab 1924 war Levi Reichstagsabgeordneter des Wahlkreis Chemnitz-Zwickau. Bereits im Februar 1923 gab er die „Levi-Korrespondenz“ heraus, die als Zeitschrift für „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ an Bekanntheit erlangte und sich 1928 mit der von den Parteilinken Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz einige Jahre vorher gegründeten Zeitschrift „Der Klassenkampf – Marxistische Blätter“ zum „Klassenkampf“ fusionierte. In die Führungsgremien konnte er als versierter Parteilinker nicht mehr aufrücken, aber seine Kritik an der Nachlässigkeit der Justiz gegenüber Republikfeinden von rechts, machten ihn zu einem vielbeachtenden Parlamentarier. Levi verstand es als Marxist, die Demokratie nicht nur im formalen Sinne zu begreifen, sondern auch die materielle Ebene, dem sozialen Gehalt der Demokratie, eine zentrale Bedeutung zu geben. Sein parlamentarisches Wirken fußte vor allem auf diesem Verständnis.

Der Rechtsanwalt Levi

Levis berufliche Seite wurde in der Vergangenheit weniger Beachtung geschenkt. Der Politiker stand stets im Vordergrund. Scholle beschreibt die Anfänge Levis als politischer Anwalt in Frankfurt am Main (ab 1909) und bietet dem Leser dabei einen Einblick in die parteiische Justiz des wilhelminischen Reichs. Vor allem die Auseinandersetzung mit dem preußischen Militarismus beschäftigte Levi sowohl politisch als auch beruflich. Er bekam die unmittelbaren Auswirkungen des Militarismus sehr früh durch sein Engagement als Strafverteidiger von Rosa Luxemburg zu spüren. Sie geriet besonders wegen ihrer Vorträge in das Fadenkreuz deutsch-nationaler Staatsan-

wälte. So wurde Luxemburg aufgrund eines Vortrags, den sie am 26. und 28. September 1913 in Fechtheim und Frankfurt-Bockenheim gehalten hatte, wegen „Aufforderung zum Ungehorsam“ angeklagt. Als strafrechtlich relevant befand man die Antwort auf die Frage, wie sich die sozialdemokratischen Arbeiter_innen im Falle eines Krieges zu verhalten hätten. Luxemburgs Antwort lautete: „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffe gegen unsre französischen oder andren Brüder zu erheben, dann rufen wir: Nein, das tun wir nicht!“ Der Prozess begann im Februar 1914 und Levi übernahm gemeinsam mit dem



Paul Levi, 1883-1930 / National Library of Israel/CC by-SA 3.0

späteren sozialdemokratischen Abgeordneten und linksoppositionellen Kurt Rosenfeld die Verteidigung. Levi betonte in seinem Plädoyer, dass eine einjährige Haft, wie sie von der Staatsanwaltschaft gefordert wurde, an Luxemburgs hoher Popularität nichts ändern werde. Das Gericht verurteilte Luxemburg zu einer einjährigen Haftstrafe, der Vollzug wurde jedoch nicht sofort umgesetzt. So konnte sie noch im März 1914 auf einer Versammlung die systematische Misshandlung von Soldaten anprangern. Der preußische Kriegsminister von Falkenhayn nahm dies wiederum zum Anlass, ein weiteres Verfahren wegen Beleidigung und öffentliche Verächtlichmachung preußischer Generäle und Soldaten anzustrengen. Für Luxemburg war es ein willkommener Anlass, um gemeinsam mit den Verteidigern Levi und Rosenfeld im Prozess weitere Betroffene von Misshandlungen als Zeugen einzuladen. Der Prozess begann Ende Juni 1914 und wurde bereits am

dritten Prozesstag auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Anstrengung des Verfahrens durch den Kriegsminister entpuppte sich nämlich als schwerwiegenden PR-Fehler: Denn erst durch den Prozess wurden die Soldatenmisshandlungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich Levi als Reichstagsabgeordneter für die Abschaffung der Todesstrafe ein und beschäftigte sich mit den paramilitärischen Einheiten im Umfeld der Reichswehr, der sogenannten „Schwarzen Reichswehr“, die für zahlreiche politische Morde und Massakrierungen von linksgerichteten Arbeiter_innen verantwortlich gemacht wurde. Levi blieb weiterhin als Rechtsanwalt aktiv und fungierte als Notar für die gewerkschaftliche Arbeiterbank. Seine bedeutendste Leistung als Rechtsanwalt blieb die forensische Aufklärung der Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die am 15. Januar 1919 in Haft hingerichtet wurden. Die geringen Haftstrafen für die zwei Soldaten, die als Verantwortliche der Morde im Mai 1919 verurteilt wurden, hatten vor allen Dingen mit den schlampigen Ermittlungen des beauftragten Staatsanwalts Paul Jorns zu tun, der gezielt versuchte, die Ermittlungen zu verschleppen. Neun Jahre nach dem Ende des Prozesses erschien im März 1928 in der Zeitschrift „Das Tagebuch“ ein anonymer Artikel, in dem den mittlerweile zum Reichsanwalt aufgestiegenen Jorns schwere Versäumnisse bei den Ermittlungen zum Morde von Luxemburg-Liebknecht und mangelnde Eignung vorgeworfen wurde. Der Oberreichsanwalt stellte daraufhin Strafantrag wegen Beleidigung, Jorns trat als Nebenkläger auf. Für Levi bot dieser Prozess als Verteidiger des presserechtlich verantwortlichen Redakteurs die Möglichkeit, umfangreiche Beweise für den möglichen Tathergang der Morde und für die schlampigen Ermittlungen Paul Jorns vorzubringen. Die Vorwürfe gegen Jorns wurden durch das Gericht schließlich bestätigt: Jorns hatte Spuren, die der Aufklärung dienen könnten, nicht aufgenommen, und Zustände geduldet, die die Untersuchung gefährdet hatten. Die Schlussfolgerung der mangelnden Eignung in der Zeitschrift „Das Tagebuch“ war somit berechtigt gewesen. Dennoch verurteilte das Gericht den Redakteur zu einer Geldstrafe von 100 Mark für die Behauptung, Jorns besitze mangelnde juristische Kenntnisse.

Tragisches Ende des Praktikers

Noch während des Berufungsverfahren in der Sache Jorns erkrankte Levi Anfang Februar 1930 an einer Lungenerkrankung mit schwerem Fieber. Am 9. Februar 1930 stürzte er aus dem Fenster seiner Dachgeschosswohnung und erlag seinen Verletzungen. Der „Zergliederer gesellschaftlicher Wirklichkeit“ und „unbarmherziger Verächter der ‚revolutionären Phrase‘“, wie ihn Arkadij Gurland 1932 charakterisierte, hinterließ für die sozialdemokratische Linke eine große Lücke. Als Einstieg in die Beschäftigung mit dem Leben und Wirken von Paul Levi ist die Kurzbiografie ausgesprochen gut geeignet. Sie beschränkt sich in ihrer kompakten Darstellung nicht nur auf den Politiker Levi, sondern beleuchtet auch den bisher „unbekannten“ demokratischen Juristen, der als Verteidiger in politisch motivierten Prozessen die Rechtslastigkeit der Weimarer Justiz unmittelbar erlebte. Heute könnte uns dieses Leben vor allem mit Blick auf die derzeit noch ungeklärten Machenschaften rechtsradikaler „Schattenarmeen“ in der Bundeswehr eine Mahnung sein.

Ridvan Ciftci ist Rechtsreferendar in Bielefeld.